

„Fighting around Bread and Butter“
Wieviel Pressefreiheit verträgt die
„Kein-Parteien-Demokratie“
Yoweri Musevenis in Uganda?

Uganda vom 28.01. - 11.03.1999,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Ankunft	568
<i>Matatus und Special-hire</i>	
Geld regiert die Welt: Presselandschaft in Uganda	571
<i>„They cover who can pay“</i>	
<i>„Say it but say it in a nice way“</i>	
<i>„If a woman has produced a child she cannot take it back“.</i>	
Politik in Uganda	579
<i>„... there will be chaos ...“</i>	
Presse und Mediengesetz in Uganda	581
<i>„They cannot be allowed to simply do anything“</i>	
Ausblick	584
<i>„Fighting around bread and butter“</i>	
Dankeschön	586



Angelika Wagner; geboren 1963 in Oberhausen. Studium der Politologie in Duisburg. Danach diverse Hospitanzen und Praktika bei Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern. 1993 Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk in Köln. Seitdem freie Fernseh- und Radioautorin.

Ankunft

Matatus und Special-hire

Dass mein Afrika schon auf dem Amsterdamer Flughafen anfängt, damit habe ich nicht gerechnet. Keiner hat mich darüber informiert, dass meine teuer gebuchte „Come-back-Airline“ mit einer mir unbekanntem afrikanischen „Never-come-back-Airline“ kooperiert. Als dann die Crew nebst Captain, alle rabenschwarz wie die Nacht, im Gänsemarsch Richtung Flugzeug schlendern, huscht mir die Frage durch den Kopf, ob die das eigentlich können, solch` ein großes Flugzeug über neun Stunden non-stop fliegen. Ein übles rassistisch geprägtes Vorurteil, das es schnellstens abzuschütteln gilt, denke ich erschrocken - bis ich das Flugzeug betrete: Ein fliegendes Museum aus den frühen 80er Jahren. Hilfe!

Aber einmal oben, kommt es erst da wieder runter, wo es auch runterkommen soll: Nairobi, Kenia. Zwischenstop, Flugzeugwechsel: heiß, flach, flimmernde verbrannte braune Erde und ein Geruch von getrocknetem Staub in der Luft. So also riecht Afrika? Wieder in der Luft Richtung Uganda, Entebbe, dann ein kleines Wunder. Aus braun wird tief-grün, aus flach wird sanft-hügelig und aus trocken wird Victoria-Lake. Ein blauer Ozean, scheinbar unendlich und wunderschön. Hier unten in dieser paradiesisch grünen Oase ist das also alles passiert?

Obote und dann Idi Amin und dann noch einmal Obote. Zwei Diktatoren, die ihr Land und seine Menschen in eine Katastrophe führten. 15 Jahre Terror und wohl kaum eine ugandische Familie, die keine Toten zu beklagen hätte. Ein traumatisiertes Volk also. Wie sie wohl sein werden? Misstrauisch, verschlossen, skeptisch, argwöhnisch, unerreichbar? Oder haben die letzten 13 Jahre Kein-Parteien-System unter Präsident Yoweri Museveni wirklich ausreichen können, das Land wirtschaftlich zu stabilisieren und einen Demokratieprozess in Gang zu bringen - wie viele westliche Beobachter der afrikanischen Szene berichten? Und geht das überhaupt, dass ein Kein-Parteien-

System demokratisch sein kann und zum Beispiel auch investigativen Journalismus als kritisches Gegenwicht zur Regierung akzeptiert? Wie eng werden die Grenzen gesteckt sein? Wird es eine offene und eindeutig ausgesprochene Kritik geben oder darf sich Kritik in Uganda nur in versteckten Andeutungen allein nachvollziehbar für Insider äußern?

„Die Regierung ist korrupt“ - so lautet die erste Schlagzeile, die ich - kaum angekommen - lese. Und sie betitelt nicht etwa die erste Seite einer schmutzilig gedruckten unabhängigen Oppositionszeitung, sondern ist ausgerechnet der Aufmacher der New Vision, der regierungseigenen Zeitung. Wenn das nicht offen und eindeutig ist! Was um alles in der Welt soll ich hier noch in Sachen Pressefreiheit und Demokratie recherchieren, wenn sich die Regierung durch ihr eigenes Organ öffentlich an den Pranger stellt?

Auch die ersten Eindrücke der ugandischen Menschen in Kampala überraschen. Das sind keine verhuschten unterdrückten Dritte-Welt-Geschöpfe, die wenn überhaupt nur hinter vorgehaltener Hand unsicher tuschelnd durch die Stadt laufen. Im Gegenteil: Kampala platzt vor Energie, zeichnet sich aber auch durch Gegensätze aus: Hunderte von Matatus wuseln durch die Straßen, die sogar zum größten Teil geteert sind, wenn auch mit Schlaglöchern versehen. Kleine Busse also, in denen dichtgedrängt viele, aber nicht zu viele Menschen sitzen. Taxi werden sie hier genannt und die Taxen, die wir kennen, heißen hier Special-higher. PKW mit Fahrer, von denen sich die meisten zwar in ihrer eigenen Stadt nicht auskennen, die dafür aber genau wissen, wie sie eine Musungu (weiße Ausländerin) wie mich abzocken können. Bis ich gelernt habe, wie die Preise sind, und entdecke, dass feilschen richtig Spaß machen kann und immer mit einem Lachen quittiert wird. Die Hauptstadt ist kein Moloch, allzuviele Hochhäuser gibt es nicht, die die Straßen verdunkeln und abends menschenleere Gegenden schaffen. Die wenigen, die es gibt, sehen aus wie Relikte sozialistischer Geschmacksverirrungen. Dunkel wird es erst, wenn der Strom ausfällt. Jeden zweiten Tag also, von abends sechs bis circa 23 Uhr. Uganda hat nicht genug Strom.

Überall wird gebaut, renoviert und restauriert. Vor allem die einst von Idi Amin vertriebenen und jetzt von Museveni mit Steuervorteilen ins Land zurückgelockten Inder investieren in ihre zurückgegebenen Immobilien. In die der Stadt vorgelagerten Slums investiert keiner. Tausende von Hütten reihen sich hier aneinander, zurechtgezimmert aus Wellblech, Holz und Plastik.

Das Herz der Stadt sind die beiden Taxi-Parks, große Plätze, an denen die Matatus in einem nicht zu begreifenden Chaos zusammenkommen, sich der Menschen entleeren, wieder neue Passagiere aufnehmen und unbegreiflicherweise ohne Schaden zu nehmen dem Chaos Richtung Vororte entrinnen. Der Markt daneben ist tagsüber bis in den späten Abend ein quirliges Spektakel. Garküchen gibt es hier, wo für kleines Geld fettiges Ziegenfleisch, Huhn, Rind und das aus Bananen gestampfte Matoke, aber auch Bohnen und anderes Gemüse verspeist und natürlich auch gekauft werden kann. Die meisten Kampaler essen hier um satt zu werden, die wenigsten können die kulinarischen Extravaganzen der gehobeneren Restaurants genießen, deren Preise sich nicht wesentlich von den europäischen unterscheiden. Dazu ein nicht zu

überschauendes Angebot an frischen Früchten. Uganda ist fruchtbar. Hunger sieht man in Kampala niemanden leiden. Dabei entwerfen die Statistiken ein anderes Bild: Die Hälfte der ugandischen Bevölkerung lebt in absoluter Armut, knapp ein Viertel der Kinder sind mangelernährt. Aber die offiziellen Zahlen gehen vom Durchschnitt aus und der lebt nicht im Stadtzentrum.

Die Menschen sind freundlich und offenherzig. Mit der aus der britischen Kolonialzeit datierenden Floskel „How are you?“ lässt sich in Kampala jeder ansprechen und gibt zu allen Fragen des Lebens gerne und bereitwillig Auskunft. Wenn er Englisch sprechen kann. Uganda ist ein Vielvölkerstaat. 56 offiziell anerkannte Volksgruppen leben hier, mit jeweils verschiedenen Sprachen und Sitten. Wenige sind reich, die meisten arm, aber nicht verhärtet und schon gar nicht schmutzig. Ein unerklärliches Rätsel, denn der feine Staub der roten ugandischen Erde setzt sich bis in die kleinsten Poren fest. Aber selbst in den Slums verlassen die Menschen ihre Hütten in einem supersauberen Outfit.

Das lässt sich auch in Kabalagalla, dem Amüsierviertel Kampalas, beobachten. Kleine Restaurants reihen sich hier aneinander, Kneipen und Diskos, in denen sich nicht nur Dirty-old-white-men mit blutjungen schwarzen Prostituierten am Wochenende amüsieren, sondern auch die Ugander selbst - meist ohne Prostituierte, dafür aber schick nach europäischen Modestandards herausgeputzt. Nicht selten europäische second-hand-Kleidung, die den ugandischen Markt überschwemmt und zu Niedrig-Preisen verkauft wird. So preiswert, dass sich eine einheimische Schuh- und Kleiderindustrie kaum lohnt.

Im Stadtzentrum ertönt aus den vielen kleinen Läden pausenlos Musik, das Warenangebot ist überraschend vielseitig. Wer es sich leisten kann, kann sich sogar mit importierten Fernsehern, Stahlkochtöpfen, südafrikanischen Weinen, Designermode und Handys eindecken. Das kann die Mehrheit natürlich nicht, der Unterschied zwischen reich (und in einer Villa auf einem der sieben Hügel, die Kampala umgeben, residierend) und arm (und in einem der Stadt vorgelagerten Slum ohne Job lebend) ist wohl nirgendwo in Uganda so offensichtlich wie in der Hauptstadt Kampala.

An jeder Ecke stehen oder sitzen fliegende Händler, die sich mit dem Verkauf von Stiften, Briefumschlägen und kleinen Kalendern über Wasser zu halten versuchen - und eben mit dem Verkauf von einheimischen Zeitungen. Selbst internationale Presse wird auf der Straße angeboten: von der Vogue bis zu unterschiedlichsten politischen Magazinen in englischer Sprache. Zwar meist älteren Datums, aber zu kaufen. Pressemäßig alles in Ordnung, denke ich, eigentlich kann ich direkt wieder nach Hause fahren!

Bei meinem ersten Interview wird mir dann erst einmal gehörig der Kopf gewaschen: Immer derselbe typisch westliche Ansatz, wirft mir David Balikowa, Mitbesitzer und Nachrichtenredakteur der erfolgreichsten unabhängigen Tageszeitung Monitor, sichtlich genervt vor. Um mich dann seinerseits mit Fragen zu bombardieren. Ob ich denn tatsächlich darauf reinfallen könne, dass eine leidliche Pressefreiheit ein wesentlicher Indikator für demokratische Verhältnisse sein könne? Ob es mir gefallen würde, in einem verkappten Ein-

Parteien-Staat zu leben, in dem alles vom Wohlwollen eines Präsidenten abhängt, der die Finger nicht von der Macht lassen kann? Wie bitteschön eine politische Opposition entstehen solle und damit die Chance zu einem friedlichen Übergang zu einem Mehrparteiensystem, wenn die Menschen nicht die Alternativen kennenlernen, weil sich die Parteien nicht aktiv versammeln dürften? Und woher wir Westler die Arroganz nehmen, von ihm zu verlangen, dass er seinem Präsidenten auf Knien dankbar sein müsse, weil er ihm als Journalisten ein Bröckchen Pressefreiheit zugestehe, ohne ihn zugleich zu verteilen. Ist nicht Pressefreiheit, zumal auch in der ugandischen Verfassung verankert, ein Grundrecht? Und überhaupt solle ich die Augen aufmachen, denn so frei sei die Presse in Uganda nicht. Die Regierung habe subtile Methoden gefunden, um sie nach Belieben im Zaum zu halten. Vor allem aber glaube Museveni nicht an demokratische Werte wie Pressefreiheit, sondern benutze sie lediglich, um seine westlichen Dollargeber zufriedenzustellen.

Starke Vorwürfe! Grund genug, noch einmal von vorne anzufangen. Also: Wie frei ist die Presse in Uganda? Und ist sie ein Indiz für die Demokratietauglichkeit des auch bei uns immer noch hochgelobten Kein-Parteien-Systems Yoweri Musevenis?

Geld regiert die Welt: Presselandschaft in Uganda

„They cover who pays“

Nein, das Fernsehstudio wolle sie mir auf gar keinen Fall zeigen. Beschämt aber endgültig weicht Irene Zikusoka, Programmchefin des staatlichen Fernsehsenders Uganda Television (UTV), meinem Blick aus. Zu klein, zu schmutzig und zu provisorisch sei es, als dass es meinen technikverwöhnten Augen genügen könnte. Erstaunlich, hatte ich doch angenommen, dass Museveni gerade das unter seinem direkten Zugriff stehende staatliche Fernsehen mit ausreichenden Mitteln ausstattet, nicht zuletzt um es für eigene propagandistische Zwecke zu nutzen. Aber Fernsehen ist in Uganda noch nicht wichtig genug, denn auf seine 20 Millionen Einwohner verteilen sich gerade mal 250.000 Geräte. Und auch ein staatliches Fernsehen will finanziert sein. Es über Gebühren zu finanzieren reicht nicht aus, obwohl es sie in Form von Lizenzen für TV-Gerät gibt. Mit den spärlichen Einnahmen der wenigen TV-Werbung finanziert Museveni lieber zwei Kamerateams, die ihm und seinem Ministerpräsidenten ständig an den Fersen haften, statt sie seiner Programmchefin zur Verfügung zu stellen. Die sitzt mir nach diesem bitteren Geständnis mehr als frustriert gegenüber und weilt mich mit zunehmender Offenheit ins Eingemachte ein. Sie habe überhaupt keinen Überblick darüber, welche Gelder aus welchen Quellen in den Fernsehetat fließen, klagt sie, für das Programm würden ihr Gelder jeweils willkürlich zugewiesen, mal mehr, mal weniger. Das einzige, worauf sie sich verlassen könne, wären die Bilder über Museveni und seinen Ministerpräsidenten, mit denen sie dann vor allem das Nachrichtenprogramm bestücke. Je nachdem, wieviel Zeit dann übrig

bleibe, könne sie Restprogramm machen. Aber mehr schlecht als recht, denn weder verfüge sie über das nötige technische Equipment noch über professionelle Mitarbeiter, um neben den wenigen eingekauften Sendungen auch ein eigenes Programm zu gestalten. Was sie mir bei aller Offenheit nicht verrät, ist, dass auch UTV längst den für Uganda typischen Gefälligkeitsjournalismus praktiziert.

„They cover who can pay“, erklärt mir lapidar ein Student der Massenkommunikation an der Universität Makerere. Und der muss es wissen, schließlich arbeitet er für Pfennigbeträge als freier Mitarbeiter bei UTV. Nur der, der zahlt, über den wird auch berichtet, heißt das im Klartext, und das bezieht sich nicht nur auf die reine TV-Werbung, die UTV ohnehin gegen Cash für die Firmen produziert, sondern auf jede Art von Berichterstattung, versucht mir der Student den kleinen aber feinen Unterschied zu erklären. Wenigstens die Transportkosten müssten rausspringen und allein die seien nicht ohne, hängen aber auch vom Verhandlungsgeschick der Interessenten ab. „Costsharing“ nennt sich das im ugandischen Sprachgebrauch. Im Gegensatz zu Irene Zikusoka bezweifelt er auch, dass sich das mit dem Programm grundsätzlich ändern wird, wenn der seit zwei Jahren diskutierte Plan, UTV endlich zu privatisieren, Wirklichkeit werde.

Seine Chefin dagegen fügt mit einem Augenzwinkern am Ende unseres Gesprächs noch schnell hinzu, dass die Privaten auch kein richtig schönes Programm mit eigens entwickelten selbstgemachten Sendungen hätten. Und schließlich sei UTV der einzige Fernsehsender, dessen Programm in ganz Uganda gesehen werden könne und sich nicht nur wie die Privaten auf die Städte mit ihrem finanzkräftigen Klientel konzentriere. Auch wenn UTV bislang nur sechs Stunden täglich sende. Ein zweifelhafter Tropfen auf den heißen Stein, den die Programmchefin ohne Macht da verbreitet: ein Null-Programm, das aber einzig mit einer landesweiten Sendelizenz operiert. Und ein auch zukünftig schwaches Verkaufsargument für die ohnehin noch wenigen Interessenten, die sich TV-Werbung überhaupt leisten können. Selbst wenn man die Gratisbeigabe von UTV mit in die Waagschale wirft: sich nämlich über Werbeaufträge beim Staatssender die Gunst des Staatsoberhauptes zu sichern. Dafür ist die private Konkurrenz schon zu groß. Die Frage nach einer redaktionellen Freiheit erledigt sich bei UTV damit von selbst, denn wo keine Mittel, da kein Programm und somit auch keine Programmmentscheidungen, die sich vielleicht in Grenzbereiche vortasten. Aber schließlich ist es der Staatssender und der Präsident ist ob seiner persönlichen Kamerateams im Programm präsent, unkommentiert. Berichte, die sich mit ihm unangenehmen Themen wie zum Beispiel der Korruption in Regierungskreisen, der Rolle der Armee oder dem Parteienverbot auseinandersetzen, entstehen erst gar nicht. Aber mein Eindruck ist auch, dass sowohl diese wie auch jede andere unverfänglichere Art von Berichterstattung daran scheitert, dass grundsätzlich wenig Geld, dafür mehr Filz vorhanden ist und es vor allem keine professionellen Fernsehmacher und -manager gibt.

Darunter leiden auch die privaten Fernsehsender, immerhin vier an der Zahl, alle im Laufe der 90er Jahre gegründet, nachdem die Wellen 1993 von der

Regierung für Fernseh- und Radiosender freigegeben wurden, was gemessen an afrikanischen Verhältnissen einer Sensation gleichkam.

Sie haben zwar mehr Geld vorwiegend aus Werbeeinnahmen im Topf, vor allem Channel TV, auch verfügen sie über ein effizienteres Management, aber ein Programm mit selbstentwickelten Sparten und eigens recherchierten Hintergrundberichten können auch sie sich bisher kaum leisten. Auch ihnen fehlen Profis und Equipment, die ein solches Programm umsetzen könnten. Vorwiegend senden auch sie eingekaufte Spielfilme - wenn auch bessere als UTV - und von internationalen Agenturen übernommene Nachrichten, sogar CNN. Aber wie detailliert wird darin schon einmal über Uganda berichtet?

Unterstellt, Präsident Museveni würde bei einer kritischen Berichterstattung mittels der Pressegesetze Zensur ausüben, kommen die Fernsehsender derzeit erst gar nicht groß in die Verlegenheit, sich mit einer solchen Situation auseinanderzusetzen zu müssen. Anders gesagt hat es Museveni im Fernsehbereich noch gar nicht nötig, sich als der große Zensor aufzuführen. Die Rolle erledigt der noch unterentwickelte Fernsehmarkt ohne sein Zutun, wenn auch sicher mit seinem Einverständnis. Zensur wird im elektronischen Bereich, so scheint es mir, momentan eher durch ökonomischen Druck ausgeübt, als dass sich die Regierung direkt bemühen müsste.

„Say it, but say it in a nice way“

Das lässt sich besonders gut bei den privaten Radiosendern beobachten, von denen seit Liberalisierung der Wellen innerhalb der letzten sechs Jahre mehr als 10 auf Sendung gegangen sind. Fast alles FM Sender. Einige sind im ganzen Land zu empfangen, die meisten aber konzentrieren sich auf die wenigen Städte, oft nur Kampala und Umgebung. Im Gegensatz zum Fernsehen mit seinen gerade mal 250.000 Geräten, ist der Radiomarkt, zumindest was die Zuhörer betrifft, ungleich größer. Circa 10 Millionen Ugander haben ein Radio, also die Hälfte der Bevölkerung. Ein machtvolles Medium also, auch deshalb, weil fast die Hälfte der Ugander Analphabeten sind.

Machtvoll, aber nicht unabhängig, denn fast alle Sender finanzieren sich ausschließlich über Werbeeinnahmen. Und an die ist nicht so leicht zu kommen, denn die Wirtschaft Ugandas ist nicht ausreichend entwickelt, als dass es genügend Firmen gäbe, die sich für Werbung interessieren und sie sich leisten könnten. 40 Prozent des Staatshaushaltes wird nach wie vor von Entwicklungsgeldern getragen und rund 44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Landwirtschaft. So konzentrieren sich relativ viele Radioproduzenten in wenigen Städten auf relativ wenige Werbeaufträge. Ein heiß umkämpfter Markt.

Und deshalb fallen Agnes Tisa, Nachrichtenredakteurin bei Capitol Radio, einem der meistgehörten privaten Sender in Kampala, auf die Grenzen der Pressefreiheit angesprochen auch erst einmal ihre Schwierigkeiten mit den Firmen statt die mit der Regierung ein. Sie könne beispielsweise keinen Bericht über einen Betrieb machen, der die Luft verschmutze, wenn dieser

zugleich Werbung in ihrem Sender ausstrahle. Da sei sie sehr, sehr vorsichtig, oder, um ganz ehrlich zu sein, darauf verzichte sie lieber ganz. Verständlich, da auch die Radiosender die Werbung nicht nur ausstrahlen, sondern für die Firmen gleich mitproduzieren. Berichte, ob kritisch oder nicht, scheitern aber auch bei den privaten Radiosendern an mangelnder Ausstattung der Mitarbeiter, sei es hinsichtlich Professionalität oder technischem Gerät. Nur drei Aufnahmegeräte hat beispielsweise Capitol Radio. Den wenigen Autoren, alles freelancer, werden stattdessen Telefonkarten mitgegeben, damit sie Bericht vor Ort erstatten können. Viel lustige Chartmusik dominiert das Programm von Capitol Radio wie das der meisten anderen Privaten. Immer noch das beste Mittel um die anvisierte Zielgruppe der 25 – 40jährigen Zuhörer an die Sender zu binden. Sie bilden die neue, hart umworbene städtische Konsumentenschicht, die über ein Einkommen verfügt. Quotendruck in Uganda!

Aber natürlich gäbe es da auch Druck seitens der Regierung, räumt Agnes Tisa schließlich ein. Die Nachrichten mache sie ganz nach dem Motto „say it, but say it in a nice way“. Und vor allem „Fakten, Fakten, Fakten“. Meinungsjournalismus könne sie sich gar nicht leisten. Zu groß ist die Gefahr, dass der Sender zum Beispiel der „Aufwiegelung der Bevölkerung“ angeklagt wird. Ein übles, noch aus der Kolonialzeit datierendes Kaugummigesetz, das nach wie vor angewendet wird. Und so wird jede noch so kleine telefonische Meldung ihrer Mitarbeiter penibel gegengecheckt. Zum Beispiel die über das Vorgehen der ugandischen Armee im krisengeschüttelten Norden des Landes.

Hier begehren noch immer Rebellen der „Lord Resistance Army“ gegen Kampala auf. Gerüchten zufolge aber hat der Rebellenführer Kony schon längst Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Museveni aber weigert sich strikt darauf einzugehen, weil Krieg auch immer Geschäft bedeutet und er nicht die Existenzberechtigung seiner Armee in Frage gestellt sehen will.

Hätte sie mal einen Bericht von einem ihrer wenigen Korrespondenten aus dieser Region, so Agnes Tisa, dann würde genau der nicht verlesen, sondern auf seine Fakten abgesichert, und zwar beim „army commander“, beim „presidential adviser“, beim „commander of charge“ und bei der „public relation of army“. Und deren Äußerungen würde sie dann vielleicht zitierend senden. Und äußern würden sie sich, denn schließlich wäre Schweigen auch eine Antwort.

Nur so aber kann sie sicher gehen, den schwarzen Peter im Zweifelsfalle weiterreichen zu können, sagt sie. Wie oft sie lieber ganz auf solche Nachrichten verzichtet, sagt sie nicht. Fügt aber hinzu, dass sie es sich auf keinen Fall leisten kann, auf Werbeaufträge regierungsnaher Firmen zu verzichten.

Zu gut ist ihr wohl die Zensur in Erinnerung, die 1993 für vier Jahre durch das ökonomische Hintertürchen auf die führende unabhängige Zeitung The Monitor ausgeübt wurde. Wegen deren ständiger kritischer Berichterstattung über Machtmissbrauch und Korruption hatte die Regierung den staatlichen Betrieben kurzerhand verboten, beim Monitor Anzeigen zu schalten. Mit durchschlagendem Erfolg: Die Zeitung verlor auf einen Schlag nahezu 50 Pro-

zent ihrer Anzeigeneinnahmen. Das kostete sie fast ihre Existenz, denn im Gegensatz zu heute nahm der Monitor zum damaligen Zeitpunkt noch nicht genügend Geld über den Verkauf der Zeitung ein. Auch viele private Firmen schalteten ihre Anzeigen daraufhin lieber bei der regierungseigenen Zeitung New Vision, um nicht in Verdacht zu geraten, eine regierungskritische Presse zu unterstützen. Sozusagen eine Art Zukunftsinvestition, denn schließlich ist Museveni mit seinem knallharten Privatisierungskurs in erster Linie Garant für eine wachsende Wirtschaft.

Einen Trick aber haben die meisten Radiosender eingeführt, um dem fatalen Geflecht zwischen ökonomischer Abhängigkeit, drohender politischer Zensur und der damit verbundenen selbstaufgelegten Eigenzensur zu entinnen. Sie machen Call-in-Talkshows, und zwar live. Zuhörer können sich per Telefon direkt mit geladenen Gästen – zumeist Regierungsvertretern – auseinandersetzen. Es gilt das gesprochene Wort, für das jeder der Beteiligten individuell verantwortlich ist. Die redaktionelle Verantwortung liegt in der Auswahl des Themas, das die öffentliche Diskussion am meisten dominiert. Oft Korruption, die wie eine Krake Ugandas Staat und Wirtschaft fest im Griff hat.

Allerdings funktioniert der Trick nicht immer. Bei noch neuen delikaten Themen lässt es sich Museveni nicht nehmen, empfindlich und damit direkt zu reagieren. Zum Beispiel 1996, als ein privater Radioproduzent kurzerhand für ein paar Tage verhaftet wurde, weil er in seinem Programm Gästen die Gelegenheit geboten hatte, Kritik an der von der Regierung gerade eingeführten Mehrwertsteuer zu üben. Aber Museveni ist flexibel und geschickt. Als ein anderes heikles Thema, das der „Landgesetzgebung“ (Land-bill), in einer Talkshow diskutiert wurde, rief er persönlich an, um sich den Fragen der Zuhörer zu stellen und seine Position live zu vertreten. Das brachte ihm sowohl bei den Journalisten als auch bei den Zuhörern viele Pluspunkte ein. Grundsätzlich sind die von den privaten Radios eingeführten Talkshows so populär, dass selbst die Fernsehsender nicht umhin kamen sie zu kopieren, sogar UTV.

Ebenso grundsätzlich reklamiert jeder Sender, dass seine Talkshow die beste sei und die heißesten Eisen anfasse. Und mit heiß sind immer die Themen gemeint, die den Präsidenten und dessen Regierung in Frage stellen.

Eine Ausnahme sei da Radio Uganda, wie Richard T. Baguma versichert, der beim staatlichen Radio Uganda als Nachrichtenredakteur arbeitet. So schnell und so heiß wie die „Gun-Talkshow“ bei Capitol Radio Themen plazierte, davon könne man bei Radio Uganda nur träumen und verrät die Devise des Senders: „Be careful not to get out of government line.“ Und die Regierung reagiert im Zweifelsfalle schnell. Ein Anruf eines verärgerten Parlamentsmitglieds genügt oft und der betreffende Redakteur oder Reporter gerät gehörig unter Beschuss. Ob dessen Bericht nun sonderlich kritisch oder weniger kritisch, auf Fakten beruhend oder spekulativ gewesen ist, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist allein der Grad der Verärgerung des Regierungsmitglieds und dessen „guter Draht“ zur Sendeleitung. Schließlich ist es der Staatssender und der ist im ganzen Land zu empfangen,

sendet auf drei Kanälen und in verschiedenen Sprachen. Das Gefühl der „absoluten Kontrolle“, so Richard T. Baguma, sei es auch, was eine kritische Berichterstattung in heiklen Fragen von vornherein verhindere.

Die „Schere im Kopf“ funktioniert – und wer will es den Journalisten verübeln. Die wenigsten können von dem leben, was sie allein als Journalisten verdienen. Viele sind auf zusätzliche Jobs angewiesen, arbeiten zum Beispiel als Lehrer, um ihre Existenz bestreiten zu können. Ein weiteres Problem: Alle kommerziell eingenommenen Gelder fließen nicht zurück in den Sender, sondern in den Staatshaushalt. Ob es sich nun um Einnahmen aus der Kategorie „costsharing“, um die von gesponserten Programmen, aus der Werbung oder dem Bereich der privaten Bekanntmachungen handelt, eines haben sie gemeinsam: Sie sind weg. Viele Redakteure haben den staatlichen Sender inzwischen verlassen und sind zur privaten Konkurrenz gewechselt. Nicht, weil sie hier ein qualitativ besseres Programm machen können, sondern weil die Privaten oft besser zahlen.

Zwischen 200 und 400 Dollar verdient monatlich ein fest angestellter Journalist beispielsweise beim Central Broadcasting Service (CBS), laut Martin Ssemakula, Produktionsmanager. So richtig will er sich aber nicht festlegen und auf sein eigenes Einkommen angesprochen zuckt er nur lachend mit den Schultern. Die Frage nach Geld ist auch bei Journalisten immer heikel, niemand will sich offenbaren. Allzu schnell könnten Nachfragen über genaue Herkunftsquellen und Verwendungszwecke gestellt werden. Gekaufte Beiträge sind die Regel in Uganda, das wissen alle, aber wie genau die Gelder fließen, will natürlich keiner zugeben. Eine verkehrte Welt, denn gleichzeitig ist das Thema Korruption der Medienrenner.

Auch CBS läßt kaum eine Gelegenheit aus, über korrupte Regierungsmitglieder des nationalen Parlaments zu berichten. Der Sender selbst gehört dem bugandischen Königreich, dessen König (Kabaka), unter Obote abgesetzt, dank Museveni wieder eine führende Rolle spielen darf. Aber nur in Kultur und Wirtschaft, nicht in der Politik. Museveni nutzt jede Gelegenheit, um den bugandischen König politisch in seine Schranken zu weisen, ihn aber gleichzeitig bei Laune zu halten, damit er von dessen Anhängern unterstützt und gewählt wird. Das Gerücht, demzufolge der amtierende König kein legitimer Nachfahre seines königlichen Vaters sei, da seine Mutter zum Zeitpunkt seiner Empfängnis fremdgangen ist, wird der präsidentialen Gerüchteküche zugeordnet, kann aber nicht genau zurückverfolgt werden.

Die Frage der Macht und der finanziellen Unabhängigkeit des bugandischen Königreichs, einschließlich dessen eigenen Parlaments, ist also ein politisch äußerst heißes Eisen. Wie hoch die Einnahmen des Senders sind, wieviel davon wieder ins Programm fließt und was genau wofür an das bugandische Königreich abgetreten wird, will Martin Ssemakula deshalb nicht sagen und reagiert auf diese Fragen wie auf ein rotes Tuch. Auch auf Fragen hinsichtlich redaktioneller Freiräume will er sich nicht detailliert äußern. Anzunehmen ist aber, dass er unter dem Druck zweierlei Pantoffeln steht, dem königlichen und dem präsidentialen.

Statt dessen offeriert er offiziell Gedrucktes, in dem nachzulesen ist, dass sich besonders CBS um die politische Aufklärung der Ugander kümmert. Was nicht einmal ganz falsch ist und sich vor allem in den sogenannten „Educa-

tional-Programmes“ ausdrückt, die über Fragen der Gesundheit, Straßensicherheit, Umwelt und Landwirtschaft aufklären.

CBS und auch Voice of Toro bedienen ein Zuhörer Klientel, das sich mit den alten Königreichen identifiziert, wovon es insgesamt fünf gibt: Buganda, das mächtigste, und Toro, Bunyoro, Busoga und Ankole. Die Sender konzentrieren sich nicht nur auf die englischsprachigen Städte, sondern orientieren sich an den Grenzen ihrer Königreiche, erreichen so auch die Landbevölkerung, und zwar in deren jeweiligen Sprache. Allein Voice of Toro sendet in rund acht verschiedenen Sprachen und deckt dabei ein Sendegebiet ab, das über die nationalen Grenzen Ugandas hinausgeht.

Uganda als Nation existiert erst seit 37 Jahren und ist vor allem der Landbevölkerung ein noch nicht fassbares Gebilde, mit dem kein kultureller Wert verbunden wird. Vor allem kein positiver. Staat bedeutet nicht zuletzt Diktatur und Gewalt und kann ihrer Erfahrung nach von heute auf morgen zusammenbrechen. „Which tribe are you from?“ ist eine oft gehörte Frage, deren Bedeutung weitreichender ist als bei uns - selbst wenn wir uns als Bayern, Friesen oder gar Osis zu erkennen geben. Die Zugehörigkeit zum Stamm, zum Clan und zum Königreich verspricht auch heute noch vielen Sicherheit und Identität. Zwar verliert sich deren Bedeutung zunehmend in den Städten, aber auch hier wissen die Jugendlichen noch, welchem Tribe sie und ihre Freunde angehören. Auf die ugandischen Medien wirkt sich der Vielvölkerstaat mit seinen unterschiedlichen Sprachen aber eher einschränkend als bereichernd aus. Denn keiner kann alle gleichzeitig bedienen.

„If a woman has produced a child she cannot take it back“

Schon gar nicht die Printmedien. Zwischen 1986 und 1991 gab es in Uganda noch rund 50 Zeitungen und Magazine. Heute sind es noch circa 26. Die anderen wurden nicht etwa verboten, sondern scheiterten aus ökonomischen Gründen. Auch in Uganda können sich nur die Zeitungen behaupten, die entweder genügend Geld über den Anzeigenverkauf oder über den Verkauf der Zeitung selbst erwirtschaften. Beides ist in Uganda aber ungleich schwieriger als beispielsweise bei uns. Denn beide Märkte sind klein.

So konkurrieren auch die Zeitungen untereinander um immer dieselben wenigen Firmen, Betriebe und Ministerien, die sich Anzeigen leisten können. Noch dazu in Konkurrenz zu den Fernseh- und vor allem Radiosendern. Viele sind deshalb dazu übergegangen, sich hauptsächlich über den Verkauf der Zeitung zu finanzieren.

Aber wieviele Ugander können lesen? Nahezu die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten. Und diejenigen, die lesen können, sprechen unterschiedliche Sprachen. Zwar ist Englisch die offizielle Amtssprache und wird auch an allen Schulen gelehrt, aber es wird wohl mindestens noch eine Generation dauern, bis sie sich als einheitliche nationale Sprache durchgesetzt hat. Die erwachsene Landbevölkerung versteht und spricht kaum Englisch. In welcher Sprache soll also die Zeitung gedruckt werden? Selbst wenn sich Zeitungs-

macher für eine Sprache entscheiden, die von einer größtmöglichen Gruppe auf dem Land geteilt wird, zum Beispiel Luganda, dann ist damit noch lange nicht gewährleistet, dass sich diese Zielgruppe auch Zeitungen leisten kann, die durchschnittlich 600 Schilling kosten. Ganz abgesehen von den immensen Transportproblemen und -kosten. Diejenigen, die sich Zeitungen leisten und auch eine Bildung genossen haben, dass sie sie verstehen können, leben in den Städten, verfügen über ein eigenes Einkommen und sprechen vorwiegend Englisch.

Ein teuflischer Kreislauf, der zum Ergebnis hat, dass die meisten Zeitungen in englischer Sprache schreiben, überwiegend in den wenigen Städten, hauptsächlich Kampala, verkauft werden und dort gegenseitig konkurrierend um dieselben Leser buhlen.

„We are more sensibel to the market than to the president“, sagt auch Joachim Buwembo, Chefredaktuer der Sunday Vision, der Sonntagsausgabe der Regierungszeitung New Vision. Auch sie muss sich am Markt behaupten und wird nicht etwa vom Präsidenten und der Regierung als Verlautbarungsorgan gesponsert. Wider Erwarten leisten sich die Journalisten und Redakteure der New Vision auch eine erstaunliche redaktionelle Freiheit. Berichte über korrupte Regierungsmitglieder, über den Konflikt im Norden des Landes, die Frage des Mehrparteiensystems sind neben Kommentaren, die sich gegen zuviel Pressefreiheit und für das Movement System des Präsidenten aussprechen, nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

„If a woman has produced a child she cannot take it back“, erklärt Joachim Buwembo den vermeintlichen Widerspruch. Museveni hätte den Kampf gewonnen, weil er Freiheit versprach. Nach außen und nach innen. Er könne nicht einfach alles zurücknehmen, nur weil er an der Macht ist. Deshalb toleriere er auch Pressefreiheit innerhalb seiner eigenen Zeitung.

Natürlich nicht unbegrenzt. Immer wieder gibt es Themen, die entweder nur angedeutet oder gar auf einen späteren günstigeren Zeitpunkt verschoben werden müssen. Welche Themen das jeweils sind, wissen die Journalisten der New Vision wie alle anderen genau, das muss ihnen keiner tagtäglich aufs Neue verordnen.

In letzter Zeit muss die Redaktion aber die Grenzen ihrer redaktionellen Freiheit ausgereizt haben, denn zum ersten Mal ist der Vertrag des Herausgebers William Pike von der Regierung in Frage gestellt und nicht automatisch um weitere fünf Jahre verlängert worden. Sogar ein potentieller Nachfolger war schon im Gespräch. Ausgerechnet John Nagenda, persönlicher Medien- und Public-Relation- Berater des Präsidenten, der als dessen medienpolitischer Wach- und Beißhund verschrien ist. Ein eindeutiger Warnschuss des Präsidenten mit dem Ziel, die Redaktion seiner Zeitung zu disziplinieren.

Auch durchgehende No-no-Themen gibt es, vor allem eines: die First Lady. Aus purer journalistischer Neugierde würde sicherlich auch Joachim Buwembo gerne recherchieren, inwieweit die erste Dame des Landes nun wirklich in eine Geschichte verwickelt war, bei der es um ein Stück Land und einen Auftragsmord ging. Whitewater auf ugandisch. Aber: „Never ever“, winkt Joachim Buwembo ab. Das würde ihn mindestens seinen Job kosten.

Eigentlich könnten sowohl der Präsident als auch seine First Lady toleranter auf Zeitungsberichte reagieren, denn nur rund 38.000 Ugander können sich die New Vision leisten, schätzt Joachim Buwembo, inklusive der Sonntagsausgabe und der diversen kleineren Ausgaben, die in unterschiedlichen einheimischen Sprachen gedruckt werden. Selbst wenn man davon ausgehen kann, dass eine gekaufte Zeitung durchschnittlich von 10 Menschen gelesen wird, ist das sehr wenig. Dabei ist New Vision Marktführer und wird regional, national, sogar international vertrieben. Die meisten Zeitungen aber verkaufen auch sie immer noch in der Hauptstadt Kampala. Auflage und Reichweite der Zeitung ist also sehr begrenzt, dementsprechend auch ihre Macht.

Das gilt auch für die führende unabhängige Zeitung The Monitor, die Platz zwei auf dem Markt besetzt. Gerade mal rund 30.000 Käufer hat die Zeitung täglich, vorwiegend in Kampala, obwohl auch sie inzwischen ein Vertriebsnetz haben. Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz hält die Besitzer des Monitors, alle Journalisten, manchmal mehr in Atem als die ständigen Querelen mit Präsident und Regierung. Obwohl das eine in Uganda mit dem anderen zusammenfallen kann. Um ihre politische Unabhängigkeit bewahren zu können, müssen gerade die unabhängigen Zeitungen wie der Monitor sicherstellen, dass nicht nur genügend Menschen ihre Zeitung lesen, sondern vor allem kaufen. Die einzig sichere Einnahmequelle. Schon einmal hatte der Präsident ja versucht, den Monitor mundtot zu machen, indem er den staatlichen Betrieben ein Anzeigenverbot beim Monitor auferlegte und die Zeitung damit wirtschaftlich fast ruinierte. Aber nur fast. Heute sind aus den Journalisten notgedrungen auch Manager geworden.

„A financially failing newspaper cannot shine light in the dark corners; a newspaper out of business is no defender of people’s right to know“, zitiert nimmermüde David Balikowa, Mitbesitzer und Nachrichtenchef des Monitor, aus einem Buch über Marketingstrategien. Langfristig, so weiß er, können die Zeitungen nur überleben, wenn sie „objektiv“ berichten und sich nicht einseitig auf eine Seite schlagen. Weder auf die der Regierung noch auf die der Opposition. Solange aber Museveni die politische Opposition unterdrücke, indem er keine politischen Parteien zulasse und lediglich die Wirtschaft liberalisiere, solange würden sie sich zwangsläufig mit ihrer Berichterstattung auf ihn konzentrieren müssen. „Wir sind die politische Opposition“, fügt David Balikowa bedauernd hinzu, „obwohl das eigentlich nicht unsere Aufgabe ist.“

Politik in Uganda

„... there will be chaos...“

Als 1995 die Verfassung von einer frei gewählten Konstituierenden Versammlung verabschiedet wurde, bestätigte sie damit auch das von Museveni in die Verfassung gedruckte Parteikandidatenverbot. Parteien sind in Uganda zwar zugelassen, dürfen aber nicht aktiv werden und keine Kandidaten

benennen, was faktisch einem Verbot gleichkommt. Nur singuläre Präsidentschaftskandidaten dürfen öffentlich mit Museveni konkurrieren und hatten sogar bei den Präsidentschaftswahlen 1996 erstmalig Anspruch auf gleiche Werbezeiten in den Sendeanstalten, sogar bei UTV und Radio Uganda. Für Museveni sind die Menschen in Uganda nach Krieg und Zerstörung noch nicht reif für genug für eine Parteienvielfalt.

Zuviel politischer Pluralismus, so sagt er, gefährdet die Einheit und generell sei es unmöglich, einer vorindustriellen Gesellschaft ein Parteiensystem nach westlichen Muster überzustülpen. Westliche Gesellschaften unterteilen sich in Klassen, die kleinbäuerlichen Gesellschaften Afrikas würden sich hingegen aufgrund fehlender Klassenstrukturen nach Stämmen oder Religionen ausrichten. Parteien würden diese Entwicklung nur verschärfen.

Seine National Resistance Bewegung, die konsequent bis hinunter zu den kleinsten Dorfgemeinschaften organisiert ist, sei keine Partei, sondern präsentiere die gesamte Bevölkerung und sei nicht sektiererisch. Museveni setzt in erster Linie auf einen erst wirtschaftlichen Aufschwung, dem dann ein politischer Aufbruch folgen soll.

Von seinen Kritikern, beispielsweise dem Monitor, wird Museveni natürlich vorgeworfen, dass er die Demokratie zugunsten der Wirtschaftsentwicklung opfert und nur deshalb das tribalistische Gespenst bemüht, weil er wie alle anderen Diktatoren nicht von der Macht lassen kann.

Vielleicht haben beide Seiten recht. Für mich als westliche Beobachterin ist die politische Situation auch nach sechs Wochen Aufenthalt ein nicht zu beurteilendes Dilemma. „There will be chaos“, schätzt auch Peter Bahemuka vom Uganda Journalists Safety Committee, sobald es freie Wahlen in Uganda gäbe. Vor allem das Militär ist ein großer Unsicherheitsfaktor. Und sicher würden sich andere Gruppen bilden als solche politischen Parteien, wie wir sie im Westen kennen, „but so what?“, fügt er hinzu, „tribes don't mean automatically tribalism.“

In zahlreichen Gesprächen versichern mir Studenten, dass es auch für sie unvorstellbar sei, sich wegen einer Tribe-Zugehörigkeit die Köpfe einzuschlagen. Auch für sie ist das, was in Rwanda geschah, völlig unbegreiflich. Aber sie sind auch die städtische, gebildete Oberschicht. Trotzdem kann keiner von ihnen eine politische Utopie entwerfen und nicht einer will sich politisch engagieren. Politik ist in Uganda als schmutziges Geschäft verschrien.

Fakt ist, dass im Jahr 2000 per Volksabstimmung entschieden werden soll, ob Musevenis Movement System weiterhin an der Macht bleibt oder ein Mehrparteiensystem eingeführt wird. Und Fakt ist auch, dass Museveni gute Chancen hat, die Volksabstimmung für sich zu gewinnen. Im Volk, ob gebildet oder nicht gebildet, ist er persönlich sehr beliebt, wenn auch nicht unbedingt seine Regierung.

„Die Menschen messen den Präsidenten immer an der Vergangenheit und nicht an der Zukunft“, bringt es Joachim Buwembo von der New Vision auf den Punkt. Und besser als die Vergangenheit ist Musevenis Movement Regierung allemal. Wozu also etwas aufgeben, was funktioniert?

Wirkliche politische Alternativen sind nicht zu erkennen. Das hat natürlich auch mit dem Verbot zu tun, parteipolitisch öffentlich aktiv zu werden. „Why Movement give us no chance?“, fragt Norbert Mao, Parlamentsmitglied. „Political parties in Uganda are like busses without wheels.“ Er selbst ist Parteimitglied der UPC (Uganda Peoples Congress), ehemals Obotes Partei, deren Namen sie weiterhin übernommen haben. Nicht unbedingt ein Aushängeschild für eine andere, bessere Zukunft. Auf die Frage, warum so kurz vor der Volksabstimmung nicht mehr neue Parteien in den Startlöchern stehen oder politische Ziele von Interessengruppen wenigstens gerüchteweise bekannt sind, auch wenn sie sich nicht öffentlich versammeln dürfen, bleibt er eine Antwort schuldig. Es gibt sie nicht. Lediglich die altbekannten Parteien wie zum Beispiel UPC, DP (Demokratische Partei) und CP (Konservative Partei), die schon vor Museveni existierten, sind im Gespräch, mit vorwiegend ebenso altbekannter personeller Besetzung und ebenso altbekanntem schlechten Ruf.

Noch hat Museveni also ein leichtes Spiel. Und unabhängige Zeitungsmacher, wie die Journalisten vom Monitor, werden wohl noch eine Weile die Funktion einer politischen Opposition übernehmen müssen - und dem Präsidenten damit ungewollt in die Hände spielen. Denn der nutzt die Situation geschickt für sich aus.

Er hat den Medienmarkt liberalisiert und mit der puren Existenz der unabhängigen Medien, vor allem aber mit dem ständig gegen ihn schießenden Monitor, kann er beweisen, dass er in seinem Land die Pressefreiheit nicht unterdrückt, sich also in diesem Punkt demokratisch verhält. Nicht unwichtig, wenn man überhaupt eines Staates ist, dessen Haushalt zu rund 40 Prozent von westlicher Entwicklungshilfe abhängig ist und der die Auflagen des IWF zu erfüllen hat. Gleichzeitig wird auch er die geringe Verkaufszahl der Zeitungen und Reichweite der anderen Medien kennen, die deshalb noch keine wirklich unabhängige vierte Macht im ugandischen Staat sind. Ein bisschen Kritik in den städtischen Elfenbeintürmen wird Museveni verkraften, gewählt wird er nämlich vorwiegend von der Landbevölkerung. Und für den Notfall hat er noch einen Joker im Ärmel.

Presse- und Mediengesetz in Uganda

„They cannot be allowed to simply do anything“

Sie trägt Nylons, einen kurzen schicken grauen Rock, ein apartes Oberteil und elegante Schuhe. „Dressed like that“, sagt sie kokett, könne sie sich nicht bei ihrer Tante oder gar Großmutter sehen lassen. Die würden eine solch` freizügige Kleidung ablehnen. Diese Traditionen habe sie zu respektieren, denn schließlich lebe sie in Uganda und hier sei das nun mal so. Hope Kivengere ist erwachsen und sie ist nicht nur Pressesprecherin des Präsidenten, sondern die Pressesprecherin des Präsidenten. Das mit der Kleidung ist auch nur ein Beispiel, mit dem sie der Kritik an dem 1995 eingeführten Presse und

Journalistengesetz (und 1996 eingeführten Rundfunkgesetz) begegnen möchte. „They must accept that they live in Uganda not in America“, setzt sie noch hinzu und meint die heimischen Journalisten.

Auf den ersten Blick ist das neue Gesetz sehr fortschrittlich. Es hebt die alten, teilweise noch aus der Kolonialzeit datierenden Pressegesetze auf, die jegliche Form von Pressefreiheit unmöglich machten. Aber es hat Haken. Vor allem einen: den Informationsminister.

Das Gesetz stattet ihn mit so viel Macht aus, dass durch ihn die Regierung nach wie vor Zugriff auf die Journalisten hat. Beispielsweise kann er Publikationen verbieten, wenn sie seiner Meinung nach gegen das öffentliche Interesse verstoßen. Und er benennt fast alle Mitglieder des Media Council, eine Institution, die mit dem Gesetz neu eingeführt wurde und die im Streitfall zwischen Medien und Staat und zwischen Medien und Öffentlichkeit vermitteln soll. Sie ist aber auch dafür zuständig, dass sich die Journalisten diszipliniert verhalten und ethische Standards respektieren. Das Media Council kann Journalisten disziplinieren und von ihnen Entschuldigungen verlangen, sie kann sogar zensieren.

Und das Council vergibt – ganz wichtig – die sogenannten Journalisten-Zertifikate, ohne die ein Journalist nicht als Journalist arbeiten darf. Jedes Jahr muss dieses Zertifikat gegen Gebühr erneuert werden. Ebenso kann das Media Council das Zertifikat auch nicht vergeben oder für maximal einen Monat zurückziehen. Arbeitet ein Journalist ohne das Zertifikat, dann kann er zu einer Geldstrafe bis zu 300.000 Schilling verdonnert werden. Kann er das nicht zahlen, muss er ins Gefängnis, für maximal drei Monate.

Allerdings kann Einspruch gegen den Einzug des Zertifikats vor Gericht erhoben werden. Solange aber das Gericht über den Fall befindet, darf der Journalist nicht arbeiten. Um das Zertifikat zu bekommen, müssen die Journalisten außerdem Mitglied des National Institute of the Journalists of Uganda (NIJU) sein. Auch eine neue Einrichtung des Medien- und Journalistengesetzes, die vor allem für die Professionalisierung der Journalisten zuständig ist. Sogenannte „volle Mitglieder“ im NIJU können aber nur die Journalisten werden, die einen Hochschulabschluss der Massenkommunikation vorweisen können. Aber nur 10 Prozent der Journalisten in Uganda haben einen Hochschulabschluss. Erst seit 1988 ist es beispielsweise an Makerere Universität in Kampala möglich, Massenkommunikation zu studieren. Pro Semester können sich bis 1995 auch nur durchschnittlich 20 Studenten einschreiben.

Zwar können die Journalisten auch etwas anderes studiert haben, müssen dann aber eine zusätzliche Qualifikation in Journalismus oder Massenkommunikation vorweisen. Nur Journalisten mit entsprechenden Abschlüssen dürfen „volle Mitglieder“ im NIJU sein und nur sie dürfen wählen und wichtige Positionen besetzen. Hat man die Abschlüsse nicht, gibt es noch die Möglichkeiten einer „associate“ oder „honorary“ Mitgliedschaft im NIJU. Die müssen zwar auch Gebühren zahlen, dürfen aber nicht wählen.

Kurze Zusammenfassung: Ohne Mitgliedschaft im NIJU kein Journalistenzertifikat und ohne Zertifikat keine Erlaubnis als Journalist arbeiten zu dürfen. Die Zertifikate werden allein vom Media Council ausgestellt, das vom

Informationsminister, also von der Regierung dominiert wird. Faktisch entscheidet also die Regierung mit, wer Journalist sein darf, und behält so die Kontrolle. Nicht gerade eine demokratische Attitüde.

„We were not alert enough“, sagt Vicoria Mukasa vom Eastern Africa Media Institute kopfschüttelnd und meint damit, dass sich die Journalisten zu spät gegen das Gesetz gewehrt hätten. Im Gegenteil hätten sich viele aus purer Eitelkeit von der Regierung ködern lassen. Die verkaufte ihnen die Sache mit den Zertifikaten nämlich erst einmal als staatliche Anerkennung ihres Berufsstandes und die damit zusammenhängende Zwangsmitgliedschaft im NIJU als eine von Journalisten selbstverwaltete Professionalisierungsmaßnahme.

Und tut es noch: „We don´t like them to take to court, rather we like to professionalise them“, erklärt Hope Kivengere treuherzig und spielt damit auf die nicht wenigen Fälle an, bei denen sich Journalisten wegen Gesetzesverstöße vor dem Gericht verantworten mussten. Für Hope Kivengere alles Fälle, die allein auf die mangelnde Professionalität der Journalisten zurückzuführen sind.

Ein Beispiel: Wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ mussten Charles Onyango Obbo, Herausgeber des Monitor, und dessen Kollege Andrew Mujuni Mwenda anderthalb Jahre ein Gerichtsverfahren durchstehen, das sie insgesamt 2 Millionen Schilling kostete. Ihr Vergehen: Basierend auf Meldungen von Nachrichtenagenturen hatten sie im Monitor darüber berichtet, dass der Präsident der Republik Kongo, Laurent D. Kabila, Museveni in Gold ausgezahlt hat. Als Dank für dessen Unterstützung im Krieg, den Kabila gewann.

Gewonnen haben Obbo und Mwenda letztendlich auch, sie wurden freigesprochen. Aber zu welchem Preis – im wahrsten Sinne des Wortes? Damit erklärt sich auch die hohe Bereitschaft der ugandischen Journalisten zur Selbstzensur. Ein solches Verfahren kann sich niemand leisten. Und allein die Möglichkeit, angeklagt werden zu können, ist so abschreckend, dass viele gerade bei heiklen Themen verstummen.

Und es gibt noch mehr Paragraphen, gegen die Journalisten verstoßen können und die so unpräzise sind, dass sich vieles damit anklagen lässt. Zum Beispiel der Paragraph gegen Aufwiegelung der Bevölkerung oder der gegen Verbreitung militärischer Informationen, der gegen Verleumdung ausländischer Würdenträger und nicht zuletzt der gegen allgemeine kriminelle Verleumdung.

Ausgestattet mit diesen Paragraphen und mit den Möglichkeiten des neuen Medien- und Pressegesetzes, kann die Regierung nicht nur anklagen, sondern gleichzeitig auch die Arbeitslizenzen entziehen und verweigern.

„Aber wir wenden das Gesetz doch gar nicht strikt an“, rechtfertigt sich Hope Kivengere. Einige Journalisten sind aus Protest noch keine Mitglieder des NIJU, haben deshalb auch keinen Anspruch auf das Zertifikat. „Wir haben deswegen noch keine Schwierigkeiten gemacht, obwohl sie weiter arbeiten“, sagt sie. Aber die Regierung kann, wenn sie will, und das weiß sie auch.

Auf die Frage, warum die Regierung nicht wenigstens die bereits bestehende unabhängige Journalistenvereinigung Uganda Journalist Association (UJA) für die dringend notwendige Professionalisierung akzeptiert hat, son-

dern auf eine Zwangsmitgliedschaft im staatlich verordneten NIJU pocht, reagiert sie böse, aber ehrlich: „We cannot allow them to simply do anything.“

„Wir hätten das Gesetz nicht verhindern können“, erklärt Charles O. Obbo vom Monitor einen Tag nach seinem Prozesssieg. Er ist deshalb Mitglied im NIJU, war sogar ihr Präsident. Die Stimmen der kleinen oppositionellen Fraktion im nationalen Parlament, das hauptsächlich von Musevenis Movement Abgeordneten dominiert wird, haben nicht ausgereicht, selbst wenn sie gegen das Gesetz gestimmt hätten, was sie nicht taten. Zwangsläufig bleibe jetzt nur noch die Möglichkeit, Mitglied im NIJU zu werden, rät Obbo, „um von innen Einfluss auszuüben.“

Anzunehmen ist aber auch, dass die unabhängige Organisation UJA nicht nur daran scheitert, weil sie von der Regierung schlichtweg ignoriert wurde, sondern auch, weil die Journalisten untereinander zerstritten sind. „UJA ist eifersüchtig auf den Monitor, weil wir so groß sind“, erklärt beispielsweise Charles Obbo. Umgekehrt werfen ihm UJA-Mitglieder vor, er sei nur deswegen NIJU-Präsident geworden, weil er einfach mal gerne Präsident sein wollte. Lustige Streitigkeiten, von denen vor allem einer profitiert: Präsident Museveni und sein Movement-System.

Ausblick

„Fighting around bread and butter“

Der Ausblick ist umwerfend. Im Hintergrund plätschert blau der Victoriasee, über mir raschelt grün ein Blätterdach. Unter einem Baum liege ich auf dem Rasen und es ist so heiß, wie es sich für Afrika gehört. Sing-sang wabert durch die Luft, die Gemeinde der kleinen Insel hat ein Fundraising organisiert. Gottesdienst wird gehalten, Geld wird gesammelt, unter freiem Himmel, den ganzen Tag schon. Kinder spielen um mich herum und ein kleines Mädchen hat sich vorgenommen, mich ganz genau zu inspizieren. Sie entdeckt Sommersprossen und Muttermale. Wir suchen auch auf ihrer Haut danach. Ich vermute, dass sie auch welche hat, sie aber nur durch die schwarze Farbe verdeckt sind. „Really?“, fragt sie ungläubig und stellt erleichtert fest, dass wenigstens unsere Handflächen annähernd gleicher Farbe sind sowie unsere Zungen, Zähne und Augen. Die Haare dagegen sind ganz anders, gerne würde sie tauschen. Dann stockt sie einen Moment um zu einer Frage auszuholen: „What do you eat to become that fat?“ Meine Reisebegleitung neben mir auf dem Rasen kann sich vor Lachen kaum halten. „Ein Kompliment“, klärt er schnell auf, „sie findet dich schön.“ Ich glaube ihm mal.

Andere Sätze sind dagegen in Uganda wortwörtlich zu verstehen. Zum Beispiel der: „Hey man, good to see you again, you are still alive.“ Tod gehört in Uganda zum Alltag: Aids, Unfälle, ab und an mal ein Bombenanschlag – normal. Also gilt es, den Augenblick zu leben, jetzt im Moment ist es doch ganz nett.

Mit dieser Haltung treiben die Ugander sämtliche ausländischen Mitarbeiter beispielsweise der Entwicklungshilfeorganisationen in den Wahnsinn – und sich selbst nicht selten in den Ruin. Italienische Helfer, so erzählt man mir, hätten einen betriebswirtschaftlich funktionierenden Ausbildungsbetrieb schlüsselfertig aufgebaut, den Ugandern gezeigt, wie sie ihre Leute selber als KFZ-Mechaniker oder Tischler darin ausbilden können und ihnen dann den Schlüssel übergeben. Das war ein Fehler. Innerhalb von sechs Monaten wäre der Betrieb bankrott gewesen. Nicht zuletzt deshalb, weil nichts mehr da war, womit man hätte ausbilden können. „Sie werden es nie lernen“, verrät mir eine verzweifelte Entwicklungshelferin. Vorausschauend planen, organisieren, strukturieren - könnten Ugander nicht.

Warum nicht, frage ich mehrere von ihnen. Sie regen sich nicht einmal über die Frage auf, bestätigen ihren Inhalt sogar und überlegen die Gründe. „Vielleicht, weil wir es lange Zeit nicht nötig hatten zu planen“, sagt ein Student. „Auf dem Land muss man nur den Finger in die Erde stecken, schon wächst man. So hatte jeder sein Auskommen, wozu planen?“ Und auch jetzt will er sich nicht groß den Kopf über die Zukunft zerbrechen, die ohnehin nicht rosig ist. „Nach dem Studium werde ich sehr wahrscheinlich arbeitslos sein“, meint er achselzuckend, „aber was soll ich mich jetzt schon darüber aufregen. Ich muss erst mal sehen, wie ich im Moment über die Runden komme.“

Heute zählt und da soll es ihm gut gehen, morgen kann doch schon wieder alles ganz anders sein. Oft genug ist es in Uganda ja auch so gekommen. Diese tradierte Erfahrung erklärt vielleicht auch die alles umfassende Korruption. Wer arm ist, dem ist jedes Extra willkommen. Und wer gelernt hat, dem Staat und seinen Institutionen nicht zu trauen, der muss ihn auch nicht unterstützen, sondern kann ihn ausnutzen. Korruption gehört zum Überleben.

Aber sie wird zunehmend nicht nur öffentlich diskutiert, sondern auch kritisiert. Langsam entwickelt sich demokratisches Denken. Ob es schon ausreicht, ein politisches System tragen zu können, das auf Vertrauen in den Staat, demokratischem Wettbewerb, freien Wahlen und einer funktionierenden politischen Opposition beruht, so wie es sich David Balikowa vom Monitor wünscht, bleibt abzuwarten.

„We are fighting around bread and butter“, erklärt Viktoria Mukasa vom Eastern Africa Media Institute und meint damit nicht nur den Kampf gegen die undemokratischen Hakenschlänge des Präsidenten und seines Movement Systems, sondern auch die vielen kleinen Schritte, sich selbst Demokratie zu lehren. Freie Wahlen, so Peter Bahemuka vom Ugandan Safety Committee, sind wenigstens eine Chance auf diesem Weg weiterzukommen. Freie Wahlen als Versuch einer vertrauensbildenden Maßnahme in den Staat.

Aber die Demokraten Ugandas müssen sich beeilen. Noch trägt die Mehrheit nämlich einen Präsidenten, der zwar die Wirtschaft stabilisiert und sich wegen seiner Abhängigkeit von westlicher Entwicklungshilfe demokratische Zugeständnisse abringen lässt, der aber weder selbst demokratisch ist noch das ugandische Volk dafür fähig hält.

Die Frage, was nach ihm kommen soll, hat Museveni jedenfalls bislang nicht geregelt - und Joachim Buwembo von der New Vision ist nicht der ein-

zige, der persönlich die Drohung des Präsidenten gehört hat, dass sie mal abwarten sollten, bis er den Staatshaushalt geregelt habe. Dann wolle er sie sich noch mal vorknöpfen.

Dankeschön

Danken möchte ich der Heinz-Kühn-Stiftung, die mir die Reise nach Uganda ermöglicht hat. Vor allem gilt mein Dank Frau Erdmuthe Op de Hipt für Ihre große Freundlichkeit und Engelsgeduld. Für die ausgesprochen freundliche Betreuung, Beratung und den immer vorhandenen Kaffee danke ich auch Hajo, Nina, Rose und allen anderen Mitarbeitern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kampala. Danke an Erhard Brunn, Journalist, der mir im Vorfeld viele wichtige Tips gegeben hat. Danke auch an Jigal Beez, zukünftiger Mitarbeiter des DED in Uganda, der ein treuer, noch dazu unterhaltsamer Reisebegleiter war und mir viele Fragen über Afrika beantwortete. Und noch ein dickes Dankeschön an Gaddafi Habumugisha und Nicholas Nyantanyi, die mich dahin mitgenommen haben, wo ich mich sonst nicht hingetraut hätte.